

# Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. III, S. 353—360

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

16. Juli 1918

## Jahresberichte der Industrie und des Handels.

**Die Fettindustrie** Marseilles hat unter dem Kriege sehr gelitten. Durchschnittlich wurden in den letzten Jahren jährlich 560 000 t Ölsaaten eingeführt und zur Erzeugung von Ölen und Fetten verarbeitet. Im Jahre 1910 erreichte die Einfuhr mit 665 679 t einen Höchstatz; die Zahlen für 1914, 1915 und 1916 lauten 605 474, 516 277 und 453 583 t. Die wichtigsten in der dortigen Fettindustrie verarbeiteten Rohstoffe sind Erdnüsse (Einfuhr 1916 224 087 t) und Kopra (105 763 t). Aus den Rohstoffen wurden ungefähr 200 000 t Fette und 234 000 t Viehkuchen erzeugt. Die Erzeugung des Jahres 1916 deckte den Bedarf Frankreichs nicht, so daß noch Olivenöl aus Spanien und Baumwollöl aus Amerika (25 000 t) eingeführt werden mußten. (Nordd. Allg. Ztg.)

**Die Einfuhr von Baumwolle nach den Niederlanden 1917** betrug nur 9 837 812 kg, gegen etwa 38 Mill. kg 1916 und etwa 39,927 Mill. kg 1915. Die Einfuhr von Baumwolle aus England betrug 1917 16 755 900 kg gegen 29 129 000 kg 1916 und 27 091 800 kg 1915. (N. H. Ind. vom 15./6. 1918.)

## Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

**Niederlande.** Zur Erteilung von Dispensen von den Bestimmungen über den Handel mit Arzneimitteln und Chemikalien (s. S. 286) sind sowohl befugt der Direktor des Staatsbureaus für Heilmittel, Verbandstoffe usw., wie derjenige des Bureaus für Chemikalien.

**Schweiz.** Lederindustrie. Das Volkswirtschaftsdepartement hat, gestützt auf den Bundesratsbeschluß vom 22./5., verschiedene Verfügungen über den Handel und Verkehr mit Häuten und Fellen sowie über die Herstellung und den Vertrieb von Leder und Lederfabrikaten erlassen.

**Rußland.** Nationalisierung von Außenhandel und Industrie (vgl. S. 345, 286, 251). Nach langer vorbereitender Arbeit sind nunmehr folgende Industrieunternehmungen „nationalisiert“ worden: Kohlen-, Eisen-, Kupfer-, Platin-, Silber-, Zinn-, Blei-, Zink-, Asbest- und Salzwerke; Maschinenbau- und Ausrüstungsfabriken; Textilindustrie; elektrochemische Industrie; Holzsäge- und Holzbearbeitungsindustrie; Tabak-, Glas-, Keramik-, Mühlen-, Leder- und Zementindustrie; ferner die Gaswerke, Straßenbahnen, die Kanalisationen und privaten Eisenbahnen und schließlich alle anderen bis jetzt noch nicht nationalisierten großen und mittleren Fabriken und Unternehmungen, die für den Staat Bedeutung haben.

**Ukraine.** Im Finanzministerium wird an einer Reihe von Plänen gearbeitet, welche die Einführung eines Tee-, Salz-, Naphtha- und Getränkemonopols betreffen.

Die Ausfuhr von Abfällen der Zuckerproduktion, Melasse und Raffinadesirup, ist verboten worden. (Kiewskaja Mysl vom 22. u. 25./5. 1918.)

**Österreich-Ungarn.** Wie die „Allgemeine Textilzeitung“ berichtet, hat das österreichische Handelsministerium den Angebotzwang für Baumwolle jeder Art in geschlossenen und geöffneten Ballen sowie in jedem Stadium der Verarbeitung, ferner für Baumwollabgänge und -abfälle sowie für Baumwollgarne, roh, gebleicht oder sonstwie veredelt, einfach und gewirnt, mit Ausnahme der Vigogne- und Streichgarne sowie der für den Detailverkauf bestimmten Nähgarne nunmehr verfügt. Die Angebote müssen bis spätestens 8./7. unter Bemusterung an die Baumwollzentrale, A.-G., gerichtet werden.

**Deutschland.** Am 2./7. ist eine Bekanntmachung betreffend Bestandserhebung von Wismut in Kraft getreten, durch welche eine Meldepflicht für Wismut als Wismutmetall, mit einem Reingewicht von mindestens 90% des Gewichts, für Wismut in Wismutlegierungen und für Wismut in Salzen und sonstigen chemischen Verbindungen mit einem Wismutgehalt von mindestens 10% des Gesamtgewichts, angeordnet ist. Die Meldungen sind nach den vorhandenen Vorräten vom 2./7. an das Sanitätsdepartement (Medizinalabteilung) des Königlich Preussischen Kriegsministeriums in Berlin zu erstatten. Ausgenommen von der Meldepflicht sind Bestände an Wismut als Wismutmetall bis zu

1 kg, in Wismutlegierungen und in Salzen oder sonstigen chemischen Verbindungen bis zu 5 kg. Die näheren Bestimmungen der Bekanntmachungen ergeben sich aus ihrem Wortlaut, der bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern, Polizeibehörden und Handelskammern einzusehen ist.

Laut Bekanntmachung des Reichs-Eisenbahnamtes vom 27./6. 1918 wird die Anlage C zur Eisenbahn-Verkehrsordnung wie folgt geändert:

Unter Nr. Ia. Sprengstoffe, Eingangsbestimmungen. A. Sprengmittel 2. Gruppe b) wird der mit „Chloratbaldurit“ beginnende Absatz gefaßt:

Chloratbaldurit, auch mit angehängten Buchstaben oder Zahlen (Gemenge von höchstens 78 Prozent Kaliumchlorat, höchstens 14 Prozent aromatischen Nitrokohlenwassers offen, nicht gefährlicher als Rohbinitrotoluol, von Pflanzenmehlen, z. B. Holzmehl, oder anderen Kohlenstoffträgern, wie flüssigem Paraffin, auch mit Alkalichloriden oder Alkalioxalaten, auch mit höchstens 4 Prozent gelatiniertem Nitroglycerin).

Hinter dem mit „Gesteins-Koronit F“ beginnenden Absatz wird nachgetragen:

Gesteins-Koronit S (Gemenge von höchstens 81 Prozent Kaliumchlorat oder 79 Prozent Natriumchlorat oder 79 Prozent eines Gemisches von Kalium- und Natriumchlorat, höchstens 16 Prozent Mononitronaphthalin, Holzmehl, auch mit höchstens 4 Prozent Nitroglycerin oder Nitroglykol, auch mit Anthracen oder ähnlichen Kohlenwasserstoffen oder Ölen. — Unter Nr. 1c. Zündwaren und Feuerwerkskörper, Beförderungsvorschriften. A. Verpackung wird im Abs. 2 d) o) am Ende ein Sternchen und am Fuße der Seite folgende Anmerkung gesetzt: „Während des Krieges können statt der Blechbüchsen auch kräftige zylindrische Pappebüchsen mit dicht aufgeschobenen Deckeln verwendet werden. Jede Büchse darf höchstens 12 Zündbandrollen, jede Rolle höchstens 66 Zündpillen enthalten. In einem Paket dürfen höchstens 12 Pappebüchsen vereinigt werden. Zwischen je zwei Zündbandrollen ist eine Pappescheibe zu legen, die genau in die Büchse paßt.“

Der preußische Minister des Innern (Medizinalabteilung) hat den kürzlich von einer Firma unternommenen Versuch, Chlorkalium unter der Bezeichnung „Ia Kalistein-Speisesalz“ an Stelle von Steinsalz für den menschlichen Genuß in den Verkehr zu bringen, als unzulässig bezeichnet. Wenn auch Chlorkalium in mäßigen Mengen unschädlich ist, so läßt sich doch die Unschädlichkeit bei größeren Mengen nicht mehr mit Sicherheit behaupten; beim Ersatz des Chlornatriums durch Chlorkalium ist daher mit der Gefahr schwerer Gesundheitsschädigungen zu rechnen. (Nach Tagesztg. f. Nahrungsmittel von 2./7.)

An das Kriegsamt wurde eine Düngerkentrale angegliedert, deren Aufgabe die Förderung der Herstellung künstlicher Düngemittel und ihre glatte und leichte Beförderung ist.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts veröffentlicht neue Bestimmungen zur Änderung der Verordnung über Bierhefe. Die wichtigste Neuerung ist die Erhöhung der für die flüssige Hefe und für das Abpressen zu zahlenden Preise. Sie werden von 0,25 M und 0,60 M für den Hundertteil der durch den Empfänger festgestellten Trockenmasse auf 0,65 und 1,55 M erhöht.

## Marktberichte.

**Zur Lage des Terpentinöl- und Harzmarktes in Amerika** (2./7. 1918). Wenn man die Entwicklung der Preise von Terpentinöl und Harz während des Berichtsabschnittes richtig einschätzt, so scheint die Naval Stores Industrie während des Krieges doch noch auf ihre Kosten zu kommen. Besonders die Entwicklung der Terpentinölpreise hat in Europa allgemeines Erstaunen hervorgerufen, und man ist daher um so mehr gespannt, wie sich die Preise während der nächsten Monate weiter benehmen werden. Das Verbrauchsgeschäft in der Union war, soweit zuverlässige Berichte vorliegen, weniger befriedigend, aber die verschiedenen Gesellschaften, welche das Geschäft beherrschen, arbeiten sich trotz des Antitrustgesetzes etwas in die Hände, worauf die ungewohnte Aufwärtsbewegung angeblich zurückzuführen sein soll. Dies ist wohl möglich, da namentlich während des letzten Kriegsjahres das Antitrustgesetz nur sehr lässig gehandhabt worden ist. Der Einfluß gewisser Trust-

gebilde ist auch der Regierung nicht verborgen geblieben, aber ihre Maßnahmen haben versagt, oder besser gesagt, mußten natürlich versagen, weil sie die Unterstützung aller Industriekreise braucht, um ihre kriegerischen Pläne durchzuführen, was ihr natürlich niemals gelingen kann. Würde sie mit den Bestimmungen des Antitrustgesetzes dazwischen fahren, so würde die Industrie der Regierung die Gefolgschaft versagen und dieser die nötigen Geldmittel vorenthalten. Aus diesem Grunde ist jedenfalls nicht mehr zu erwarten, daß den Trustgebilden während des Krieges auf den Leib gerückt wird, und die zum Teil aufsehenerregenden Preissteigerungen an den amerikanischen Warenbörsen werden daher in der nächsten Zeit wohl weitere Fortschritte machen. Obgleich die Preise für Terpentinöl besonders, für Harz jedoch weniger gestiegen sind, dürfte es fraglich sein, ob die Selbstkosten dieser Erzeugnisse nunmehr gedeckt werden. Nach den Klagen der Erzeuger zu schließen, schien das lange Zeit nicht der Fall zu sein. New York notierte zu Anfang dieses Berichtsabschnittes noch etwa 51—51½ Cents, inzwischen konnte sich dieser Preis indessen auf 78 Cents die Gallone erheben. Vergleicht man damit die Preise während der vorausgegangenen drei Jahre von 50 Cents 1917, 41½ Cents 1916 und 41 Cents 1915, so muß allerdings die jetzige Lage der Erzeuger befriedigend genannt werden. In Savannah haben sich die Preise weniger befriedigend entwickelt, wo vorrätige Ware anfänglich 47 Cents, am Schluß aber „nur“ 65 Cents kostete. Hier hat die Aufwärtsbewegung den Erwartungen nicht entsprochen, weil ihr keine lange Dauer beigemessen wird. Eine solche Entwicklung muß auf jeden Fall aber als glänzend bezeichnet werden, wozu die seit Beginn des neuen Geschäftsjahres eingetretene Erzeugungseinschränkung anscheinend erheblich beigetragen hat. Der Artikel Terpentinöl war allerdings lange Zeit das Schmerzenskind der Erzeuger, und zwar um so mehr, als auch die Harzpreise vor nicht langer Zeit nach unten zu neigen begannen und die Gewinnung der beiden Waren nicht getrennt werden kann. Bei dieser überraschenden Aufwärtsbewegung muß natürlich die Steigerung der Selbstkosten berücksichtigt werden. Merkwürdig ist allerdings, daß Terpentinöl der Entwicklung von Harz so weit vorangeht. Immerhin hat auch die Höherbewegung der Harzpreise gute Fortschritte gemacht. Nach dem vorigen Bericht stand der Preis für „F“ Harz in Savannah noch auf 5,75 Doll. die 125 kg, der inzwischen jedoch auf 7,40 Doll. gelangt ist, vorübergehend sogar auch schon 7,65 Doll. die 125 kg betrug. Die Aussichten des Artikels Harz werden anscheinend nicht so günstig beurteilt, zumal dessen statistische Lage weniger zugunsten der Erzeuger gedeutet wird. Der Bedarf der Kriegsindustrie ist überschätzt worden, wogegen in den Wäldern ansehnliche unbekannte Vorräte lagern, welche die Preise in den letzten Monaten weniger begünstigt haben. Daß die Neutralen mit Rücksicht auf die mögliche Beendigung des Krieges in diesem Jahr größere Ankäufe von Terpentinöl für Lieferung nach Kriegsschluß getätigt haben, ist bisher unbestätigt geblieben. Möglich wäre es schon, da die Vorräte von amerikanischem und anderem Terpentinöl am Festlande fast ganz verschwunden sind, die Nachfrage nach Beendigung des Krieges aber sofort großen Umfang annehmen wird. In England haben sich die Preise von Terpentinöl etwas gesenkt, der Verkehr wird von der Regierung scharf überwacht, auch Ersatzmittel sind ohne besondere Erlaubnis nicht zu handeln. —p.

**Vom Baumwollmarkt (3./7. 1918).** Überraschten die Preisbewegungen an den amerikanischen Märkten schon im vorigen Berichtsabschnitt, so war dies jetzt noch mehr der Fall. Die Friedensstimmung in den Handelskreisen der Union hat stark an Boden gewonnen, was indessen nicht gleichbedeutend mit Friedensaussichten ist. Die Preisbewegungen für Baumwolle in der Union sind den Interessenten in Europa natürlich nicht gleichgültig, da man aus ihnen immerhin einige Schlüsse auf die neue Ernte ziehen kann, die für die Versorgung nach dem Kriege vielleicht eine entscheidende Rolle spielen wird. Preissteigerungen von 150—200 Punkten, wie sie wider Erwarten im Berichtsabschnitt erzielt worden sind, erwecken natürlich besonderes Interesse und lassen darauf schließen, daß die Aussichten der neuen Ernte vielleicht doch nicht so günstig sind, als bisher angenommen werden mußte oder konnte. Einstweilen haben die Hochspekulanten wieder die Führung an den amerikanischen Baumwollmärkten übernommen, ohne daß die Lage jedoch klar zu übersehen wäre. Die Frage des voraussichtlichen Ausfalls der neuen Ernte bewegt den Handel im allgemeinen wie die Ausfuhr im besonderen natürlich am meisten. Nachdem der amtliche Bericht von Ende Mai mit 82,3% gegenüber 69,5% eines Durchschnittsstandes von Ende Mai 1917 wesentlich günstiger lautete, ist man gespannt, was der amtliche Bericht von Ende Juni bringen wird. Neben der Entwicklung der Ernte nimmt das Ausfuhrgeschäft das Interesse des Handels zum großen Teil in Anspruch. Das Anwachsen der Vorräte in der Union beweist, daß die Ausfuhr zurückgeht, was bei den bekannten Frachtraumverhältnissen auch leicht verständlich ist. Selbst gelegentlich bessere Aussichten im Ausfuhrgeschäft können über diese Tatsache nicht hinwegtäuschen, obgleich auch während des Berichtsabschnittes hin und wieder von regerem Ausfuhrgeschäft die Rede war. Berücksichtigt man auf der einen Seite die in den nächsten Monaten aus Mangel

an Frachtraum vielleicht erheblich zurückgehende Ausfuhr und das dadurch verursachte Anwachsen der Vorräte in der Union, auf der anderen Seite jedoch die Möglichkeit einer größeren Ernte als im Vorjahr, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Preise in nächster Zeit vielleicht doch wieder erheblich nachgeben werden, der Markt vielleicht zusammenbrechen wird, wenn der Krieg noch längere Zeit dauert und der rechten Verwertung des Ernteertrages Schwierigkeiten in den Weg legt. Aus diesen verschiedenen Gründen ist die Spannung erklärlich, mit welcher die Entwicklung der neuen Ernte und der Marktlage überhaupt in der Union nicht allein, sondern auch in Europa verfolgt wird. Nicht unbemerkt ist es geblieben, daß Japan an den amerikanischen Börsen während der letzten Wochen große Verkäufe vorgenommen hat, ohne die weitere Entwicklung des Marktes abzuwarten, weil es offenbar der Meinung ist, daß die durch den U-Bootkrieg geschaffenen Frachtraumverhältnisse in Verbindung mit etwaigen günstigen Ernteaussichten die Marktlage während der nächsten Monate möglicherweise ins Gegenteil verkehren werden. Aber abgesehen von den umfangreichen Verkäufen für japanische Rechnung, hat auch Europa die Gelegenheit zu Gewinnsicherungen namentlich während der letzten Wochen benutzt, was indessen auf die Preise nur wenig eingewirkt hat. Um die Wirkung der umfangreichen Verkäufe abzuschwächen, haben die Hochspekulanten von Woche zu Woche Stützungsankäufe vornehmen müssen, ohne welche die Lage heute natürlich wohl etwas anders aussehen würde. Die Witterungsberichte lauteten besonders gegen Schluß des Berichtsabschnittes weniger befriedigend, was die höheren Forderungen der Abgeber natürlich wesentlich begünstigte. Ferner haben die knappen Zufuhren die Stimmung zugunsten der Verkäufer beeinflusst, obwohl die Wochenabladungen viel kleiner waren. Beispielsweise waren in der letzten Juniwoche im Innern und in den Häfen Ankünfte von insgesamt 78 000 Ballen festzustellen, wogegen nur 21 000 und davon angeblich 11 000 Ballen nach England ausgeführt wurden. An der New Yorker Börse notierte Ende Juni greifbare Middling 31,90, Juli 27,85, August 27,02, September 25,85, Oktober 25,30, November 24,90, Dezember 24,80, Januar 24,62, Februar 24,63 und März 24,66 Cents das Pfund. Die englischen Verarbeiter müssen sich weitere Einschränkungen der Verarbeitung von Baumwolle gefallen lassen, weil ihre Versorgung aus bekannten Gründen ernstlich bedroht ist. Die Zufuhren ägyptischer Baumwolle sollen sich allerdings seit einiger Zeit gebessert haben, so daß diese Sorte von Preissteigerungen weniger betroffen war. Im allgemeinen war die Stimmung in England jedoch sehr fest, und die Preise zogen kräftig an. In Liverpool kostete Ende Juni vorrätige amerikanische Baumwolle 23,22, Juni 23,10, Juli 22,43, August 21,25, September 20,23, Oktober 19,63 und ägyptische fine Juni 28,82 und Juli 28,80 Pence das Pfund. —m.

**Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt.** Der Stahlhandel nimmt lebhaftes Interesse an einer Ankündigung des Priorities-Committee, wonach den Werken mitgeteilt wurde, daß eine beträchtliche Menge ihrer auf Grund der Priority-Certificate herzustellenden Produkte nicht gebraucht werden würden, wodurch der Druck, der auf der für den Zivilbedarf arbeitenden Industrie lastete, etwas erleichtert wird; es ist indes keine Aussicht vorhanden, daß für diese sofort Rohmaterial frei wird. Die Roheisenerzeugung im Juni belief sich auf 3 242 000 t, die Tageserzeugung auf durchschnittlich 110 000 t gegen 3 270 000 und 109 000 t im Vorjahr. In Betrieb waren 355 Hochöfen gegen 349 im Juni 1917. (Nach „Iron-Age“.) Wth.

**Kohlenpreiserhöhung in England.** Der Preis aller englischen Kohle ist durch Verfügung des Handelsamts vom 24./6. ab um 2 sh. 6 d die Tonne erhöht worden, bei Verschiffungen nach Frankreich und England um 5 sh. ll.

Die in Aussicht gestellte **Erhöhung der Verkaufspreise für belgische Kohle** ist im Einverständnis mit der deutschen Kohlenzentrale mit Wirkung ab 1./7. durchgeführt, veranlaßt durch die wachsende Steigerung der Unkosten und Betriebsmaterialien, besonders des Holzes. Die Zechen sind infolgedessen imstande, den Forderungen der Belegschaft auf Lohnerhöhung teilweise nachzukommen. Aus Zechenkreisen verlautet, daß die Erhöhung der Verkaufspreise im Durchschnitt ungefähr 10 Fr. beträgt, die aber nur zum geringen Teil als Reingewinn den Betrieben zukommen. ll.

Durch **Zementmangel in Österreich** (s. a. S. 346) steigt die Zement-einfuhr aus Deutschland nach Ungarn und Polen stetig. Unter Zugrundelegung der neuen Höchstpreise wird österreichischer Zement mit 18½ Kr. und deutscher bis 30 Kr. bezahlt. Die Zementindustrie verlangt eine Abstellung dieses unhaltbaren Zustandes. Wth.

**Von den Seidenmärkten.** Die Aussichten der europäischen Seiden-ernte sind noch recht unsicher, so daß irgendwelcher Einfluß in dieser Beziehung auf den Handel mit Rohseiden nicht festzustellen ist. In Mailand war der Verkehr verhältnismäßig still, doch haben die Preise eine besondere Veränderung nicht erfahren. Außerordentlich schwierig ist das Stoffgeschäft in Mailand geworden. — Lyon berichtet ebenfalls, daß die verminderten Zufuhren in Rohstoffen und in Farbmaterien das Geschäft außerordentlich erschweren. Auf dem Rohstoffmarkt war die Stimmung abwartend. In Krefeld ist die Lage im ganzen unverändert. Für seidene und halbeidene Gewebe besteht weiterhin Nachfrage. Der Rohstoffmarkt hat in

den letzten Wochen kaum eine Veränderung erfahren. In Zürich wird das Geschäft in Geweben aller Art durch den Mangel an Rohstoffen außerordentlich erschwert. Die Käufer von Rohseiden verhalten sich noch immer abwartend. Eine Veränderung der Preislage in bezug auf den Rohstoff ist nicht eingetreten. — Die Eröffnung des Kokonmarktes steht für die nächste Zeit bevor.  
Wih.

## Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände.

Der **Stahlwerksverband** hat in seiner letzten Mitgliederversammlung beschlossen, die Preise für das dritte Quartal unverändert zu lassen. Die Frage der Erneuerung des Verbandes wurde nicht erörtert.  
on.

**Zinkhüttenverband.** Auf der Tagesordnung einer auf Anfang August einberufenen Versammlung steht der Antrag auf Verlängerung des Zinkhüttenverbandes, der im September dieses Jahres abläuft. Ob zu einer endgültigen oder weiteren provisorischen Verlängerung geschritten werden wird, steht noch nicht fest, doch neigt die Mehrheit einer Verlängerung um wieder ein halbes Jahr zu. Es ist im übrigen eine weitere Erhöhung der Preise für Zink beantragt worden, weil die gegenwärtigen Preise den Hütten als nicht mehr auskömmlich erscheinen. Besonders ungünstig seien, wie aus Fachkreisen erklärt wird, in dieser Hinsicht die rheinischen Hütten gestellt, die auf den Kohlenbezug angewiesen sind, während die schlesischen Hütten, die eigene Kohle besitzen, von den hohen Kohlenpreisen weniger abhängig sind.  
ar.

**Mitteldeutsches Schwefelsäure-Syndikat G. m. b. H., Magdeburg.** Unter vorstehender Firma schlossen sich zahlreiche Schwefelsäurefabriken Mitteldeutschlands zu einer Verkaufsvereinigung mit Geltung bis 1922 zusammen.  
ar.

Der „Kölnischen Volkszeitung“ zufolge haben sich alle Glashütten Sachsens, die ihren Betrieb aufrechterhalten haben, zum „**Verband sächsischer Glasindustrieller**“ mit dem Sitz in Dresden, zur gemeinsamen Interessenvertretung nach jeder Richtung hin, zusammengeschlossen.  
ar.

Die Fachverbände der Betonbauindustrie haben in Würzburg zur geschlossenen und nachhaltigen Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen den „**Beton-Wirtschaftsverband**“, Sitz Berlin, gegründet. Die Geschäftsstelle befindet sich vorläufig in Dresden.  
ar.

**Die Syndizierung im Braunkohlenbergbau.** Laut einer Bekanntmachung des Handelsministers wird auf Grund der Verordnung über die Errichtung von Betriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau den Besitzern der Braunkohlenbergwerke, die im Oberbergamtsbezirk Halle a. S. westlich der Elbe gelegen sind, für die Bildung einer Vereinigung durch Vertrag zu den im Art. 1 der Verordnung bezeichneten Zwecken (Regelung der Förderung sowie des Absatzes der von den Gesellschaftern erzeugten Rohbraunkohlen, Naßpreßsteine, Briketts und Braunkohlens) eine Frist bis zum 10./9. 1918 einschließlich gesetzt.  
dn.

In Berlin wurde ein **Verband Deutscher Papierholzhändler** gegründet. Der Verband will im Einvernehmen mit den Papierfabrikanten und den Behörden, speziell der Reichsstelle für Papierholz und dem Reichswirtschaftsamt, arbeiten.  
on.

Unter Beteiligung verschiedener Verbände aus der Textilindustrie wurde die **Industrielle Studiengesellschaft m. b. H.** zu Zwecken Studiums der industriellen Rohstoffbeschaffung nach dem Kriege gegründet.  
ar.

## Aus Handel und Industrie des Auslandes.

**Vereinigte Staaten.** In Ohio und den südwestlichen Staaten sind einige Fabriken zur Gewinnung von Gasolin aus Erdgas errichtet worden. Der Preis für Rohöl ist im letzten Jahre von 1 Doll. 70 auf 2 Doll. gestiegen.  
Hh.

**Argentinien.** Einem Brief aus Buenos Aires vom 10./4. 1918 im „Economist“ zufolge hat der argentinische Landwirtschaftsminister sich bereitfinden lassen, der deutsch-österreichischen Elektrizitäts-Gesellschaft monatlich 3500 t Petroleum aus den Ölquellen von Comodoro Rivadavia zuzuweisen, deren Preis das Ministerium von Zeit zu Zeit festsetzen wird. Der Betriebsleiter hatte 4000 t erbeten, da Kohle nicht zu haben und Holz unerschwinglich teuer ist. Die Quellen liefern 12–15 000 t monatlich. (Das italienische Konkurrenzunternehmen in Buenos Aires hat schon früher Petroleum zugewiesen erhalten; bei den amerikanischen Kohlenlieferungen dürfte vorbehalten sein, daß sie an das deutsche Unternehmen nicht gelangen dürfen.)  
Wih.

**Mexiko.** Erdölindustrie (vgl. S. 325). Die Verhältnisse im mexikanischen Petroleumgebiet werden laut „Financial

News“ von dem Washingtoner mexikanischen Nachrichtenbureau als wesentlich gebessert geschildert. „Fast alle schon fördernden Gesellschaften sind in vollem Betrieb. Riesige Mengen von Erdöl werden täglich durch die Röhrenleitungen und Pumpstationen den Sammelbecken in der Stadt Tampico zugeführt. Der Umfang des Betriebes ist am besten daraus ersichtlich, daß eine der führenden Gesellschaften letzten Monat 300 000 Doll. an Ausfuhrzoll bezahlte. Fast das gesamte Petroleumgebiet wird von den Regierungstruppen beherrscht, und mehrere tausend Arbeiter sind regelmäßig zu guten Löhnen beschäftigt. Es heißt, daß die Mexican Eagle Co. ihre Raffinerien bedeutend vergrößern will. Insgesamt 127 neue Quellen wurden in diesem Jahre erbohrt, von denen 43 im Betrieb sind, die über 235 000 Faß täglich liefern könnten, wenn nicht der Schiffsräumangel dem im Wege stünde. Innerhalb der letzten drei Monate sind im Bezirk Tampico 23 und im Bezirk Tuxpan 10 neue Bohrerlaubnisse erteilt worden.“  
dn.

**Japan.** Neue Kapitalsanlagen. [Im ersten Vierteljahr 1918 sind 227 767 628 Yen in neue japanische Unternehmungen gesteckt worden, 226 769 890 Yen wurden zur Ausdehnung vorhandener Unternehmungen aufgenommen. Der weitaus größte Teil dieser Beträge entfällt auf Fabriken, Bergwerke und Schiffswerften. Diese sehr bedeutenden Neuinvestitionen von insgesamt etwa 900 Mill. Mark erbringen wieder einmal einen Beweis sowohl für die gewaltigen Ausdehnungsbestrebungen der japanischen Industrie, als auch für das Erstarken der Kapitalkraft Japans im Kriege.] (Nordd. Allg. Ztg.)  
on.

**China.** Antimonindustrie. Die Gesamtausfuhr betrug 1916 22 088 t Regulus und Rohmetall — letzteres enthält ungefähr 70–74% Metall — und 11 572 t Erze. Antimonerze finden sich in China in den verschiedensten Gebieten, auch in den Provinzen Hunan, Kwangsi, Yunnan und Kwangtung. Die durch den Krieg vermehrte Nachfrage nach Antimon zur Munitionsherstellung wußten die Chinesen dadurch auszunutzen, daß sie ein Geschäft in New York eröffneten, wo sie ihre Erzeugnisse mit großem Gewinn absetzten. Da aber durch die Nachfrage die Industrie auch in anderen Ländern gehoben wurde und die Marktpreise dadurch sanken, so ist es sicher, daß die Chinesen große Verluste zu verzeichnen hatten. Im Januar 1916 betrug der Wert von Antimon, Regulus, 880 Haikuan-Taels (1173 1/3 Unzen Silber), und rohes Antimon kostete 500 Hk.-Tl. (663 2/3 Unzen Silber); im Dezember waren die Preise 218 Hk.-Tl. (290% Unzen Silber) und 113 Hk.-Tl. (150% Unzen Silber). Die Gründe für diese enorme Preiserniedrigung sind darin zu suchen, daß die Verbraucher in New York sich große Vorräte gesichert hatten, daß Spanien große Mengen von Erzen für England lieferte und auch bolivianische Erze auf den Markt kamen, und daß China zu viel Erz nach New York verschiffte, als die Preise hoch waren, so daß dort eine Überfüllung des Marktes eintrat. Die Folge war, daß viele chinesische Bergwerke diesen finanziellen Umsturz nicht ertragen konnten und ihren Betrieb einstellen mußten, auch einige große Gesellschaften, die zu hoch spekuliert hatten, wurden bankrott. (Nach Eng. Min. J.)  
Stn.

**England.** Zur Frage der Verschmelzung von British Dyes und Levinsteins (vgl. S. 287). Der Bericht der „Financial News“ vom 20./6. über die erste Aktionärsversammlung von British Dyes zur Erörterung des Vorschlages enthält folgendes Neue: a) Nach den Mitteilungen Falconers soll der Firmenwert (goodwill) beider Gesellschaften mit zusammen 4 Mill. Pfd. Sterl. in Anschlag gebracht werden. In dem Anteil von Levinsteins daran ist eine Summe enthalten, die von seinen Dupont-Gesellschaft in Amerika zu zahlen ist, die bisher nur Sprengstoffe machte, jetzt aber die Fabrikation von Farbstoffen aufnehmen will; es sind 250 000 Pfd. Sterl. innerhalb von zehn Jahren zu zahlen. Die Abmachung zwischen Dupont und Levinsteins sieht eine gegenseitige Handelsbeschränkung für zehn Jahre vor. Levinsteins verpflichteten sich, in den Vereinigten Staaten keine Geschäfte zu betreiben, behielten sich aber Freiheit für das ganze britische Reich vor. Dieses Abkommen würde dann auch für British Dyes gelten, und beide Teile würden die Vorteile der beiderseitigen Erfindungen genießen. — b) Nach dem Vorschlag von Levinsteins soll die Leitung der künftigen Gesellschaft bestehen aus Lord Moulton, zwei Regierungsdelegierten, G. P. Norton und J. Turner für British Dyes Ltd. und Sir H. McGowan und Dr. Levinstein für Levinsteins. — In der Versammlung wurde ein Ausschuß gewählt, der die Frage namens der Aktionäre genauer untersucht und diesen unverbindliche Vorschläge machen soll. In der Erörterung traten die meisten Rodner, die große Farbenverbraucherinteressen vertreten, für den Fusionsvorschlag ein.  
Ec.

Die **Burmah Oil Company** erklärte eine Dividende von 5 sh. gegen 4 sh. 6 d im Vorjahr; außerdem bringt sie einen Bonus in Gestalt einer neuen Aktie auf zwei alte zur Auszahlung. — In der Generalversammlung der **Central Mining Company** kündigte der Vorsitzende an, daß angesichts des anhaltenden Rückganges der Goldherzeugung die in der nächsten Woche stattfindende Reichskonferenz Maßnahmen zu einer Besserung treffen werde.  
ar.

Infolge der deutschen Erfolge mit Cellulose will man in Großbritannien Sachverständigengutachten darüber einholen, ob die Papiertextilindustrie in England wünschenswert ist, ob die zur Zeit untätigen Maschinen sich für das Verspinnen und Weben von Papiergarnen umändern lassen, für welche Zwecke Papiergarne jetzt und nach dem Kriege verwendet werden können, und ob es angebracht ist, eine Gesellschaft zur Förderung der Papiertextilindustrie zu gründen.

Wth.

Die Generalversammlung der Baumwollindustriellen von Liverpool beschloß einstimmig, in die Statuten folgenden Passus aufzunehmen: Kein Verbandsmitglied oder seine Firma darf direkt oder indirekt mit den jetzigen Feinden Großbritannien während 10 Jahren nach Friedensschluß Handel treiben.

ar.

**Niederlande.** Salzindustrie. In Rotterdam wurde nach der „Frkf. Ztg.“, mit 3 Mill. Gulden Aktienkapital die Königlich Niederländische Salzindustrie gegründet zum Zwecke der Ausbeutung der Salzlagern bei Buurse in der holländischen Provinz Gelderland. Am Aktienkapital nimmt der Staat mit 150 000 Gulden teil, und er wird auch am Gewinn beteiligt sein. Sämtliche holländischen Salzsieder stehen der Gesellschaft nahe. Vom Aktienkapital werden am 4./7. 750 000 Gulden a pari zur Zeichnung aufgelegt. — Es bleibt abzuwarten, ob sich mit diesem Schritt die Niederlande wirklich völlig unabhängig vom ausländischen (d. h. deutschen) Salzbezug machen können. (Vgl. S. 359.) dn.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im ersten Vierteljahr 1918 weiter verschlechtert. Soweit die Betriebe überhaupt noch im Gange sind, konnten sie ihre Leistungsfähigkeit nicht ausnutzen und mußten entweder die Betriebsdauer verkürzen oder die Arbeiterzahl einschränken. In der chemischen Industrie ist die Lage im allgemeinen wenig erfreulich. Ungünstig ist besonders die Lage der Öl-, Seifen- und Farbenindustrie. Verschiedene Zweige der Nahrungsmittelgewerbe litten unter dem Mangel an Korn und Mehl, andere unter Fleischmangel. Die Kakao- und Schokoladenfabriken mußten ihre Arbeitszeit verkürzen, ebenso ein Teil der Kunstbutterfabriken.

Die Kohlenförderung betrug im Februar 270 127 t (gegen 231 923 im Vorjahr) und im März 293 447 (269 787) t.

Hh.

**Belgien.** Gemäß den Verordnungen über die Liquidation feindlicher Unternehmungen ist die Liquidation des in Belgien befindlichen Vermögens der französischen Firma O s s é i n e e t E n g r a i s de Salzaete S. A., Chemische Fabrik in Salzaete, angeordnet. Der Liquidator Dr. Lepsius in Brüssel, Militärschule, erteilt nähere Auskunft.

Wth.

**Frankreich.** Die Société des Produits Chimiques in Villefranche a. Saône will demnächst die Verwertung eines im Bereiche ihrer Konzession Vaux (Dep. Rhône) entdeckten Schwefelkieslagers in Angriff nehmen. Die Société des Produits Chimiques in Fontaines läßt in Coudrien eine Fabrik errichten, um selbst die für ihre Erzeugnisse benötigten Rohstoffe zu erzeugen. Besonders soll Bariumoxyd hergestellt werden, das die Firma zur Herstellung von Wasserstoffsäure, einer ihrer Spezialitäten, gebraucht. Die Gesellschaft für calcinierte Magnesia in Marseille plant eine Vergrößerung ihres Werkes am Etang de Berre. Gr.

Compagnie des Phosphates et du Chemin de fer de Gafsa in Paris. Der Rückgang der Ausbeute des Jahres 1917 von 723 634 t gegen 1 098 004 t i. V. wird hauptsächlich dem Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an eingeborenem Personal, zugeschrieben. Abschreibungen 718 583 Fr. Dividende 9 Fr. auf die Aktie. — Société du Gaz et de l'Electricité de Marseille, Marseille. Verlust 744 333 Fr. gegen 4 269 647 Fr. in 1916, somit einen weit weniger ungünstigen Abschluß als vor einem Jahr infolge der etwas niedrigeren Kohlenpreise, der lohnenderen Verkaufsziffern der Nebenprodukte und der bedeutenderen Gewinnziffer des Elektrizitätsbetriebes.

ar.

Holländische Blätter bemerken in einer Notiz über die Rückständigkeit der französischen Zuckerindustrie gegenüber der deutschen und österreichischen, daß diese vor allem auf eine viel zu große Verteilung der Erzeugung auf kleine Fabriken zurückgeführt werden muß. Die Leistungen Frankreichs auf dem Gebiete der Zuckererzeugung seien im Vergleich zu denen Deutschlands, welches durchschnittlich auf die Fabrik 79 000 Sack liefere, sehr kläglich. In Frankreich beläufte sich der Durchschnitt auf nur etwa 25 000 Sack. Die Leistungen Österreichs mit 84 000 Sack durchschnittlich auf die Fabrik im Jahre ständen an der Spitze.

H.

Zinkhütte Nouvelle Montagne. Im Geschäftsjahr 1917 wurden 980 t Rohzink gewonnen gegen 2432 t i. V. und 18 854 t im Jahre 1913, welches die normale Produktionsziffer darstellt, 10 400 t Schwefelsäure gegen 4436 t i. V. und 48 526 t Steinkohlen gegen 80 000 t i. V. Der Betriebsverlust betrug 180 937 Fr., wozu Geschäftskosten, finanzielle Lasten und Abschreibungen im Betrage von 730 679 Fr. hinzutreten. Das Geschäftsjahr schließt mit einer Unterbilanz von 911 616 Fr.

ar.

**Schweiz.** Die Zentralstelle des Verbandes der Arbeitsämter stellt einen fortwährenden Rückgang in der Beschäftigung in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe fest.

Hh.

**Italien.** Die Eisen- und Stahlwerke Alti Forni ed Acciaferie d'Italia kündigen eine Generalversammlung an, laut deren Tagesordnung die Fusion mit den Gesellschaften Ilva, Ferriere Italiana, Siderurgica di Savona und Ligure Metallurgica beschlossen werden soll. Diese Gesellschaften sollen in die Gesellschaft Alti Forni unter Erhöhung des Kapitals von 52 Mill. Lire auf 300 Mill. Lire aufgehen.

on.

Ende 1916 wurde in Mailand die Industrie nazionale Colori di anilana mit einem Kapital von 6 Mill. Lire gegründet. Nach dem Gründungsprospekt sollte diese Gesellschaft imstande sein, die deutschen Anilinprodukte durch gleichwertige italienische zu ersetzen. Der Geschäftsbericht für die Zeit vom 16./12. 1916 bis 31./12. 1917 stellt nun fest, daß es trotz der Mithilfe englischer Fachmänner nicht gelungen sei, die Fabrikation in Gang zu bringen. Die nötigen Maschinen sollten spätestens bis Mitte 1917 geliefert sein, aber noch Ende 1917 waren sie erst teilweise zur Stelle. Der Bericht sagt, daß man hoffe, binnen kurzem die Einrichtungen beendet zu haben, und daß man dann auch hoffentlich mit der Herstellung von Farben werde beginnen können.

Gr.

Die diesjährige Ölproduktion hielt sich laut Mitteilung des italienischen Versorgungskommissariats auf mittlerem Durchschnitt. Der Fortfall der Einfuhr von mehreren hunderttausend Doppelzentnern und die gesteigerte Nachfrage infolge Fehlens anderer Fette hatte aber namentlich in den nördlichen Provinzen eine empfindliche Ölnapheit zur Folge. Nur fünf Provinzen verfügten dieses Jahr über Vorräte für eine Ausfuhr. Infolge der Transportschwierigkeiten konnte auch keine gleichmäßige Verteilung unter den Provinzen vorgenommen werden.

u.

Aus dem Geschäftsbericht der „Società Petroliera Italiana“ geht hervor, daß man mit den Vorbereitungsarbeiten und Einrichtungen nunmehr zu Ende ist, so daß noch in diesem Jahre die Bohrungen und Ausbeutung der Brunnen beginnen können. Man erwartet ein günstiges Ergebnis und eine gute Beihilfe für den Verbrauch im Lande. Das Material an Maschinen, Drahtseilen, Werkzeugen usw. für die Vorbereitungsarbeiten sei aus England und Amerika bezogen worden und die Gewinne aus den bereits im Betriebe befindlichen Erdölquellen seien ausschließlich für weitere große Anschaffung solcher Geräte benutzt worden. Laut Bericht sollen 18 Bohrlöcher in vollen Betrieb genommen werden, einschließlich der bereits tätigen Brunnen. Die bereits bestehenden Bohrungen seien vertieft worden, zum Beispiel die Bohrlöcher von Ozzano. In Vorbereitung befinden sich Bohrungen u. a. bei Miano; ganz neu wurden Brunnen bei Valozza Neviano angelegt.

dn.

**Spanien.** Bergarbeiterstreik. Nach einer Reutermeldung aus Madrid sind die Bergarbeiter der Penarroya-Gesellschaft in Cordova in einen Ausstand getreten. Diese Ausstandsbewegung wird im Lande als um so bedenklicher angesehen, als, den spanischen Blättern zufolge, die Kohlenvorräte des Landes zur Deckung des Winterbedarfes bisher nicht hinreichen.

dn.

**Türkei.** Die Osmanische Nationalkreditbank beabsichtigt sich neben ihren Bankgeschäften der wirtschaftlichen Hebung der Türkei zu widmen. Zur Erschließung der türkischen Bodenschätze unternehmen zur Zeit Sachverständige in ihrem Auftrag eingehende Studien, nach deren Abschluß eine eigene Bergbaugesellschaft ins Leben gerufen werden soll. In Smyrna hat die Bank eine Gerberei gegründet; die Gründung weiterer Gerbereien, die in der Türkei bisher noch nicht erzeugte Lederarten erzeugen sollen, ist ins Auge gefaßt worden. Für den Gerbereibetrieb und den Valoneahandel sollen eigene Gesellschaften gegründet werden. Zu ihren Unternehmungen wird die Bank österreichisch-ungarisches und deutsches Kapital heranzuziehen versuchen. Sie arbeitet in enger Fühlungnahme mit dem österreichisch-ungarischen Orientkonsortium. (Nach Handelsmuseum 1918, Nr. 24.)

u.

**Schweden.** Die Superphosphat-Handelsgesellschaft hat der Regierung einen Plan unterbreitet, nach dem unter Geldbeteiligung der Regierung eine neue wissenschaftliche Untersuchung Spitzbergens stattfinden soll (vgl. S. 295), die das Vorkommen von Phosphorerzen besonders berücksichtigt. Die Gesellschaft gibt darin an, Phosphorit fände sich namentlich in der Gegend von Kap Thorsden am Eisfjord. Die wissenschaftliche Erforschung soll nun die Erz- und Kohlenlager auf Karten verzeichnen. Als Leiter der Forschungsreise wird der bedeutende Spitzbergenkenner E. Antefs vorgeschlagen; andere Fachleute, A. Stensiö und Bergingenieur Birger Jonsson, sollen seine wissenschaftlichen Mitarbeiter sein. Die Kosten der Forschungsreise werden auf 150 000—200 000 Kr. veranschlagt.

Wth.

Direktor Granholm von der Schwedischen Spitzbergen-Gesellschaft, der nach längerem Besuch auf Spitzbergen nach Stockholm zurückgekehrt ist, erklärt, daß in diesem Jahre 6000 t Kohlen auf Spitzbergen für Schweden gefördert werden würden, im Jahre 1918/19 30 000 t und 1919/20



6 000 t Kohlen. Die erste Sendung von Spitzbergen, bestehend aus 500 t bester Kohle, sei Ende Juli in Schweden zu erwarten. Nach geologischen Berechnungen enthalte das schwedische Kohlengebiet auf Spitzbergen 100 Mill. t. *ll.*

Die Schwedische Rinspangs-Metallwerk-A.-G. beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 5,6 auf 10,4 Mill. Kr. *ar.*

Norwegen. Die im Mai 1916 zwecks Herstellung von Blechen gegründete A. G. Norsk Valseverk in Simonsvik bei Bergen, deren Kapital heute 3 Mill. Kr. beträgt, stellt einen der größten Fabrikbetriebe des Landes dar. Die Jahreserzeugung wird auf 18 000 t berechnet; im wesentlichen wird Blech für Kondensierdosen hergestellt. Das Kristiania Stalverk hat sein Kapital auf 12 Mill. Kr. erhöht und will ein modernes Stahlwerk zur Erzeugung von Schiffstahl errichten. In Regierungskreisen wird der Gedanke erwogen, beide Unternehmungen gegebenenfalls mit Produktionsprämien (etwa 15 bzw. 6 Kr. für die Tonne Blech oder Stahl) zu unterstützen. *dn.*

Dänemark. Unter der Firma Aktieselskabet Tändstik-Kompagniet wurde in Kopenhagen eine neue Aktiengesellschaft gegründet, deren Zweck namentlich die Herstellung und der Handel mit Streichhölzern ist. Das Aktienkapital beträgt vorläufig 1½ Mill. Kr., kann aber nach Ansicht des Aufsichtsrats später auf 4½ Mill. Kr. erhöht werden. Das jetzige Aktienkapital sowie die voraussichtliche Erhöhung ist bereits unter der Hand gezeichnet. *on.*

Österreich-Ungarn. Die Ungarische Gasglühlicht-A.-G., Budapest, erzielte 1917 805 545 (463 783) Kr. Reingewinn, aus dem 38 (35) Kr. als Dividende verteilt und 26 348 (24 876) Kr. vorgetragen werden. *ar.*

Unter Mitwirkung der Depositenbank wird die bekannte Lemberger Spiritus- und Likörfabrik Baczewski in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. *ll.*

Aus dem Jahresbericht des Ungarischen Brauerverbandes geht hervor, daß sich die Biererzeugung von 2 951 040 hl in der Kampagne 1915/16 auf 969 392 hl in der Kampagne 1916/17 verminderte. Der Verband hat sich dem Vorschlag des Bundes der ungarischen Fabriksindustriellen hinsichtlich der Aufstellung von Richtpreisen für Bier durch den Handelsminister angeschlossen.

Die ungarische Regierung beabsichtigt, die gesamte Ausfuhr von Wein und Weindestillaten, und zwar sowohl jenen nach Österreich wie den in das Zollaussland, in die Hände der Kriegsprodukten A.-G. zu legen. Von seiten der Weinhändler hat eine lebhaftige Gegenbewegung gegen diesen Plan eingesetzt. (Handelsmuseum 1918, Nr. 24.) *u.*

Die Regierung erteilte die Genehmigung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft für die Erzeugung von Stickstoffdünger nach dem Verfahren von Prof. Moscicki in Krakau. Von dem Aktienkapital übernimmt der Staat 2 Mill. Kr. Stammaktien, die Galizische Landesbank und andere Beteiligte 1½ Mill. Kr. Vorzugsaktien. *ar.*

## Aus Handel und Industrie Deutschlands.

### Verschiedene Industriezweige.

Accumulatoren-Fabrik A.-G. Berlin-Hagen i. W. Die Beteiligung an der Accumulatoren-Fabrik Oerlikon in der Schweiz konnte vorteilhaft abgestoßen werden; über die Unternehmungen in Feindesland hat man Zuverlässiges nicht erfahren können. Das Unternehmen in Ungarn hat bei Ausführung von langfristigen Kriegsaufträgen durch inzwischen eingetretene ganz außergewöhnliche Verteuerung und durch behördlich angeordnete, nach Auffassung der Direktion zu weitgehende Erhöhung von Gehältern und Löhnen mit Verlust gearbeitet. Gewinnvortrag 6868 (36 647) M. Nach Abzug von 121 706 (69 658) M Abschreibungen Reingewinn 3 539 294 (3 870 867) M. Dividende wieder 25%. Vortrag auf neue Rechnung 25 294 (6868) M. *ll.*

Schlesische Elektrizitäts- und Gas-A.-G. Nach Abschreibungen von 615 000 (1 317 000) M Gewinn 929 693 (1 567 864) M. Dividendenvorschlag 5% (i. V. 9% auf das alte Aktienkapital und 4½% auf das neue Aktienkapital). Das gegen das Vorjahr ungünstigere Ergebnis wurde mit der weiteren Steigerung der sämtlichen Betriebsausgaben erklärt. Für 1918 erwartet der Vorstand ein günstigeres Ergebnis, da inzwischen von fast allen Abnehmern Strompreis-erhöhungen bewilligt wurden. Besonders wichtig ist in dieser Beziehung das Abkommen mit den Bayerischen Stickstoffwerken. Es wird der Gesellschaft unter Beseitigung aller Meinungsverschiedenheiten und Ersatzansprüche eine Preiserhöhung sowie eine verbesserte Kohlenklausel gewährt. Dieses Zugeständnis gilt für die ganze Dauer des Vertrages. Daneben erhält die Gesellschaft für die Zeit ungewöhnlicher Betriebsbedingungen einen Teuerungszuschlag. Für

diesen letzteren ist eine Rückzahlung vorgesehen, die bei einer Dividende von 5% beginnt und bei höheren Erträgen angemessen gestaffelt ist. Im Zusammenhang mit diesen Vereinbarungen erhält die Gesellschaft ein Darlehen von 10 Mill. M. *dn.*

Die Bergbaugesellschaft Phoenix wurde bei Bohrungen zwischen Orsoy und Eversael am Niederrhein kohlenfühndig. Die Errichtung eines neuen Bergwerks ist geplant. *ll.*

König-Friedrich-August-Hütte, Pötschappel. Im abgelaufenen Geschäftsjahre konnte der Umsatz trotz der anhaltenden Schwierigkeiten erheblich gesteigert werden. Wegen der allgemeinen Steigerung der Löhne und Betriebskosten hielt der Bruttogewinn nicht gleichen Schritt mit der Steigerung der Ablieferungen. Immerhin ist ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden. Nach 94 020 (52 635) M Abschreibungen Reingewinn 173 700 (109 442) M. Dividende 12 (10)%. Vortrag 8347 M. *on.*

Bei der Elektrometallurgische Werke Horrem A.-G., Frankfurt a. M., deren 3,5 Mill. M betragendes Aktienkapital sich im Besitz der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft und der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron befand, hat sich im Geschäftsjahr 1917 der Verlustvortrag aus 1916 von 226 353 M auf 342 593 M erhöht. *ar.*

Metallwerke Neheim A.-G. Nach 91 203 (145 180) M Abschreibungen Reingewinn 637 218 (251 768) M. Über die Dividende (i. V. 8%) ist nichts ersichtlich. *ll.*

Vereinigte Deutsche Nickel-Werke Akt.-Ges., Schwerte i. Westf. Nach Abschreibungen von 843 545 (952 227) M Überschuß 3 376 076 (3 637 443) M. Dividendenvorschlag wieder 30%. Vortrag 526 715 (522 124) M. *dn.*

Die Hauptversammlung der Deutschen Gold- und Silberschmeldeanstalt, vorm. Röbber, setzte die Dividende auf 25% fest. Über die Beteiligungen gab der Vorsitzende folgendes bekannt: Die Chemische Fabrik Residua, G. m. b. H., in Frankfurt a. M. ist aufgelöst worden. Die Chemische Fabrik Schlempe arbeitet zwar noch weiter, doch ist ein Teil ihrer Anlagen außer Betrieb. Die Elektrochemische Fabrik Natrium, G. m. b. H., leidet unter den Kriegsverhältnissen und kann nur in beschränktem Umfange arbeiten. Die Norddeutsche Affinerie Hamburg ist sehr gut beschäftigt; ihre Ergebnisse entsprechen allen Erwartungen. Die Chemische Fabrik B. Röbber & Co., G. m. b. H., in Berlin konnte ihre guten Beziehungen zur Beschaffung von Silber ausnützen, um ihre vorliegenden Aufträge auszuführen. Die Chemische Fabrik Wesseling bei Köln arbeitet nach wie vor günstig. Die Chemische Fabrik Weissenstein, G. m. b. H., hat sich bei starker Beschäftigung weiter gut entwickelt. Die Verwaltung teilte dann noch mit, daß die beabsichtigte Kapitalerhöhung, die die nötigen Mittel für die Übergangswirtschaft bringen sollte, nicht genehmigt worden sei. *dn.*

Vereinigte Köln-Rottweller Pulverfabriken. Die Gesellschaft übernimmt demnächst die Pulverfabriken von Cramer & Buchholz in Rübeld und Rönshalm Harz. *dn.*

Die Deutschen Solvay-Werke Akt.-Ges., Bernburg, haben nach Abzug aller Generalunkosten der Werke und Abschreibungen Einnahmen in Höhe von 7 370 604 M (1916: 8 111 683 M) erzielt. Die Generalunkosten der Zentrale nehmen 1 620 035 (1 686 549) M in Anspruch. Der Überschuß, über dessen Verwendung nichts mitgeteilt wird, hat sich von 6 431 568 M auf 5 750 568 M ermäßigt. *ar.*

Chemische Industrie A.-G. in Bochum. Nach Abschreibungen von 718 347 (787 577) M Reingewinn 224 157 (111 364) M. Vortrag 212 327 M. Eine Dividende gelangt, wie in den Vorjahren, nicht zur Verteilung. Nach dem Geschäftsbericht brachte das abgelaufene Geschäftsjahr ausreichende Beschäftigung für sämtliche Anlagen des Werkes, mit Ausnahme der Schwefelsäurefabriken. *ar.*

Chemische Werke Phoslak, A.-G. Neuss. Das Geschäftsjahr 1917 endete wieder mit einem großen Verlust, so daß der Verlust die Hälfte des Aktienkapitals überstieg. Nach langen Verhandlungen entschloß sich der Aufsichtsrat, dem Gebot der Chemischen Fabrik Niederrhein G. m. b. H. in Neuss zuzustimmen und einen Teil des Werkes abzustoßen. Der Kaufpreis von 660 000 M reichte hin, um alle Schulden abzustößen. Der Verlust beträgt einschließlich des Verlustvortrages aus dem Vorjahre von 935 877 M 1 140 128 M. *ll.*

Die Donau-Tiegelwerke A.-G., verlegen den Sitz von München nach Nürnberg und errichten dort eine neuzeitlich eingerichtete Tiegelfabrik. *ar.*

Die Rheinischen Portland-Cementwerke i. Lign. schließen das Geschäftsjahr 1917 mit einem Gewinn von 68 606 M (i. V. 141 078 M Verlust) ab, wodurch sich die Unterbilanz auf 1 049 601 M verringert. *ar.*

Der größte Teil des Aktienkapitals von 2 135 000 M der A.-G. für Mineralölindustrie, Berlin-Schönberg, die in Galizien Ölgerechtsame besitzt, ist dem Vornehmen nach von der bisherigen Gruppe, zu der u. a. die Bankfirmen H. F. Lehmann in Halle und Delbrück, Schickler & Co. in Berlin gehörten, auf eine österreichische Gruppe unter Führung der allgemeinen Depositenbank (früher Reitzes) in

Wien übergegangen, und zwar zu einem Preise, der bedeutend über dem entsprechend der bisherigen Ertragslosigkeit weit abgeschriebenen Buchwert liegt.

**Bremer Ölfabrik, Wilhelmsburg a. d. E.** Einschließlich 2354 (21 180) M. Vortrag Reingewinn 63 626 (53 354) M., aus dem wieder 6% Dividende auf die Vorzugsaktien verteilt und 11 876 M. vorgetragen werden sollen.

**Zuckerfabrik Schottwitz.** Nach Abschreibungen von 151 375 (103 811) M. Reingewinn 75 052 (134 765) M., aus dem wieder 5% Dividende verteilt wird.

**Nessel-Anbau-Gesellschaft m. b. H., Berlin.** Im Zusammenhang mit der auf S. 324 gemeldeten Bildung der Gutachterausschüsse steht die Beschlagnahme der Fasern zu erwarten, wodurch jedoch die freie Wirtschaft bei der Gewinnung dieser Fasern nicht unterbunden werden soll; vielmehr ist der Nessel-Anbau-Gesellschaft ausdrücklich zur Aufgabe gemacht worden, ein Unternehmertum heranzubilden und zu fördern, das die Aberntung und Aufschließung dieser Pflanzenstengel betreibt. Um den Aufsichtsrat von den Einzelaufgaben der Wirtschaftsgestaltung zu entlasten, werden aus Sachverständigenkreisen drei Ausschüsse gebildet: für Nessel, Typha und Ginster; diese errichten einen gemeinsamen „Ausschuß für Aufschließung“. Die Gesellschaft hat sich vor kurzem an die gesamte Textilindustrie gewandt und zur Beteiligung an der zur Zeit ausgeschriebenen Kapitalserhöhung eingeladen. Die Bedeutung dieser Aufforderung liegt darin, daß den Gesellschaftssatzungen zufolge nach der Freigabe die Verteilung der erworbenen Fasern an die Mitglieder nach Maßgabe ihrer Beteiligung erfolgen wird.

#### Handelsregistereintragungen.

**Neugründungen:** Agrikulturwerke Dr. A. Kühn, Abteilung Nitragin-Kompost G. m. b. H., Berlin, 40 000 M. — Pflanzenvorwertungs-G. m. b. H., Hamburg, 26 000 M. — Beka Biologisch-chemische Fabrik Böhn & Co., München. — Deutsche Korkersatz-G. m. b. H., Mainz, 20 000 M. — Dr. Johannes Wernicke, chemisch-technische Produkte, Berlin. — Chemische Fabrik Eichengrün, G. m. b. H., Cöln, 20 000 M. — Chemische Fabrik Dr. Julius Schwab, Fürth. — Grefrath Formsandwerk Oelschlaeger, Tillkes & Co. m. b. H., Crefeld, 30 000 M. — Mayener Ton-, Schamotte- u. Ziegelwerk, G. m. b. H., Mayen, 20 000 M. — Torfverwertungsgesellschaft m. b. H., Elbing, 20 000 M. — Deutsche Koksgas-G. m. b. H., Magdeburg, 20 000 M. — Deutsches Erdöl-Syndikat, G. m. b. H., Hamburg, 30 000 M. — Bayrische Sprengstoff-A.-G., Nürnberg, 3 Mill. M. — Erelha Gummigesellschaft H. Heidemann & Co., Berlin. — Erzgebirgische Brauerei-A.-G., Dresden, 150 000 M. — Zentral-Wollhandelsgesellschaft m. b. H. Gruppe Bayern, Zweigniederlassung München, 5 Mill. M. — Deutsche Textilvereinigung A.-G., Berlin, 300 000 M. — Verband Deutscher Jute-Industrieller G. m. b. H., Zweigniederlassung Berlin, 1 434 700 M. — Trepa-Halbstoff-G. m. b. H., Kehl a. Rh., 33 000 M.

**Kapitalserhöhungen:** Urachrom, „Gesellschaft für Farbenphotographie m. b. H., München, um 240 000 auf 300 000 M. — Verein für chemische Industrie, Mainz u. Zweigniederlassungen, um 500 000 auf 5 Mill. M. — Württ. Zieh- und Hammerwerke G. m. b. H., Obertürkheim, von 150 000 auf 405 000 M. — Bleiindustrie-A.-G. vorm. Jung & Lindig, Freiberg, auf 2 250 000 M. — Hasper Eisengießerei vorm. Freytag & Co., Haspe, um 200 000 auf 800 000 M. (s. a. Firmenänderungen). — Deutsche Continental-Gasgesellschaft, A.-G. Dessau, um 10,8 auf 39 Mill. M. — Hermann Hepiker, Meißner Seifenpulver- und Parfümeriefabrik, G. m. b. H., Meißen, auf 330 000 M. — Holzzollstoff- u. Papierfabriken A.-G., Neustadt i. Schw., um 300 000 auf 1 Mill. M.

**Firmenänderungen:** Hasper Eisengießerei vorm. Freytag & Co., Haspe, in Hasper Eisengießerei A.-G. (s. a. Kapitals-erhöhungen). — Krinke & Jörn, Ponziger Glasmanufaktur in Krinke & Jörn. — Hartsteinwerk Fuchsberg G. m. b. H., Buchwitz b. Salzwedel, in Hartstein- und Extraktionswerk Fuchsberg, G. m. b. H., Buchwitz bei Salzwedel. — Neue Berliner Metallwerke, Paul Simon, G. m. b. H., in Reinzucker-Gesellschaft für Patentverwertung m. b. H. — Union-Brauerei G. m. b. H., Bielefeld, in Brauerei Georg Huber, G. m. b. H.

**Firmenverlegungen:** Öl- und Nahrungsmittelgesellschaft Teutonia m. b. H., von Hannover nach Mainz. — Chemische Fabriken Walter Strömer A.-G., von Cöln nach Rodenkirchen. — Sächs. Torfverwertungs-G. m. b. H., von Leipzig nach Hammerbrücke. — Deutsche Ersatzleder u. Kunststoffe G. m. b. H., von Frankfurt a. M. nach Berlin.

**Liquidationen:** Aachener Bleiwalzwerk F. Jos. Spies G. m. b. H., Aachen. — Cölnser Fabrik für feuer- und säurefestes Glas, G. m. b. H., Cöln. — Dampfziegelei Pr. Holland, G. m. b. H., Pr. Holland. — Lignit, Deutsche Braunkohlenofengesellschaft m. b. H., Unna i. Westf.

**Erlöschene Firmen:** Lothringische Essigfabrik, Ferd. Holzmann Nachf., Metz.

## Soziale und gewerbliche Fragen; Standesangelegenheiten; Rechtsprechung.

### Verkehrswesen.

**Über die Leistungsfähigkeit des Donauverkehrs für die Ein- und Ausfuhr zwischen den Mittelmächten und Rumänien einerseits und der Ukraine andererseits** (vgl. S. 268) macht „Die freie Donau“ folgende Angaben: Die k. u. k. Transportleitung verfügt über 211 Dampfer mit 97 000 PS und 1216 Schleppschiffe mit 773 000 t Laderaum. Bei rund 300 eisfreien Tagen im Jahr kann mit einer Einfuhrmöglichkeit von etwa 3 Mill. t gerechnet werden. Man hofft, diese Zahl aber noch erheblich durch Einführung von Nachtfahrten steigern zu können.

### Gewerbliches.

**Ein österreichisches Exportadreßbuch** soll, wenn möglich noch vor Kriegsende, von einem Wiener Verlag herausgegeben werden. Das Buch soll in erster Linie kommerziell, dann aber auch politisch, geographisch und statistisch über Österreich informieren und durch die Orient- und Überseegesellschaft im Auslande kostenlos an Interessenten abgegeben werden.

**Rostbeseitigung durch Elektrolyse.** In Amerika hat sich nach Angabe der Zeitschrift „Die Werkzeugmaschine“ zur Entfernung der Oxydschicht auf Eisen oder Stahl ein elektrolytisches Verfahren bewährt. Der zu reinigende Gegenstand wird als Kathode in einen Phosphorsäure enthaltenden Elektrolyten gebracht. Die Säurelösung wirkt nicht nur als Stromträger, sondern zugleich als rostlösendes Mittel, ohne jedoch das Eisen oder den Stahl anzugreifen. Auch soll die Phosphorsäure ein späteres Rosten verhindern. Der Elektrolyt besteht aus 10 Teilen Phosphorsäure auf 10 Teile Wasser oder aus einer 10% igen Säurelösung, der 10% Natriumphosphat zugegeben werden. Die zweckmäßige Temperatur liegt bei 50–70°. (Nach „Wirtschaftsztg. d. Zentralmächte.“) *Kfm.*

**Die Entente und die Ammoniaksynthese Habers.** Professor Haller hat vor kurzem einen Vortrag vor der neugegründeten französischen Gesellschaft für industrielle Chemie gehalten (vgl. S. 282), in dem er u. a. den Nachweis erbringen wollte, daß wieder einmal der teutonische Geist die Erfindungen anderer — natürlich „alliiert“ — Nationen schamlos ausgebeutet hätte. Das zweifelhafte Verdienst Le Chateliers um die Ammoniaksynthese, das sich auf das französische Patent 313 950 vom Jahre 1901 stützen soll, hat auf der letzten Hauptversammlung der Bunsengesellschaft Bosch treffend beleuchtet (vgl. Angew. Chem. 31, III, 242 [1918]). Außer Le Chatelier führt Haller noch folgende Vorläufer Habers an, die seiner Meinung nach das Problem der Ammoniaksynthese so gründlich gelöst haben, daß die „Badische“ patentrechtlich und moralisch gezwungen sei, auf das von ihr beanspruchte Weltmonopol zu verzichten (!): Ein englisches Patent (1833 vom Jahre 1865) von Dufresne, das dieser im Namen von Charles Tellier genommen hat, erwähnt (NB.: als Nebenreaktion bei der Gewinnung von Sauerstoff) die Entstehung von Ammoniak durch direkte Vereinigung von Wasserstoff und Stickstoff mit Hilfe von Eisenschwamm. Im Jahre 1871 hat ferner Tessie du Motay ein französisches Patent (92 316) auf die Gewinnung von Ammoniak durch wechselweises Überleiten von Wasserstoff und Stickstoff über erhitzte Titanitride genommen. Ein weiteres französisches Patent Telliers (138 472 vom Jahre 1881) beansprucht den Schutz eines Verfahrens zur Herstellung von Ammoniak auf ähnlichem Wege mittels fein verteilten Eisens; dies Verfahren sei auch in Deutschland patentiert worden (D. R. P. 17 070 vom Jahre 1881), und zwar einer von Tellier gegründeten Pariser Firma. In dem letztgenannten Patent sei die Verwendung von Wasserstoff und Stickstoff unter einem Druck von 10 Atmosphären erwähnt. Als wichtigste Vorwegnahme des Haberschen Verfahrens wird das französische Patent 255 183 der Société Christiania Minekompani angeführt, nach dem ein Gemisch von Stickstoff und Wasserstoff durch eine erhitzte Kammer geleitet wird, die fein verteiltes Titan auf einem inerten Träger enthält; an Stelle des Titans sollen auch andere Katalysatoren wirksam sein, und gerade diese Katalysatoren sollen — nach Haller — in den Patenten der „Badischen“ wieder erwähnt werden!

Es ist nur merkwürdig, daß bei diesem Reichtum Frankreichs an Erfindern die Ammoniaksynthese nicht dort, sondern im „unproduktiven“ Deutschland verwirklicht worden ist! Und noch merkwürdiger, daß man dort auch im Laufe des Krieges, trotz großzügiger Ausschaltung patentrechtlicher Bedenken, noch nicht so weit gekommen ist, die Leistung des „boche“ zu reproduzieren...

*Bg.*

**Eine holländische Steinsalzindustrie?** Ingenieur J. W. Scherer veröffentlicht in den holländischen Ec. St. Berichten über diese Frage einen bemerkenswerten Artikel, in dem der Vf. vor allem die Frage in den Vordergrund stellt, ob mit Rücksicht auf die Freihandelspolitik Hollands ein eigener Salzabbau in Holland lebensfähig sein wird. Steinsalz sei ein Produkt, welches in weit geringerem Maße als Steinkohle verbraucht würde. Der Bedarf sei also schnell gedeckt. Wenn Holland sein Freihandelssystem nicht aufgeben will,

dann würde das holländische Salz zweifellos mit dem ausländischen in Wettbewerb treten müssen. Weiter werden die Bedingungen besprochen, unter welchen sich dieser abspielen wird. Nach Ansicht des Vf. wird der holländische Salzabbau den Kampf allein nicht bestehen können. Zu diesem Zwecke müsse er gestützt werden, was, wie folgt, zu geschehen habe: Durch Verbindung des Salzabbaues mit einer anderen Industrie, wie z. B. Fabrikation von chemischen Erzeugnissen, für welche das Salz der erforderliche Rohstoff ist, und wovon vor allem die Sodafabrikation die größte Lebensfähigkeit hat; ferner durch möglichstste Steigerung der Salzerzeugung, und zwar dergestalt, daß diese nicht etwa auf verschiedene, sondern nur auf eine einzige Grube beschränkt bleibt. Der mit dem Absatz der chemischen Erzeugnisse erzielte Gewinn habe die Generalkosten zu decken. In diesem Falle könne das holländische Steinsalz zu demselben Preise wie das deutsche auf den Markt kommen. (Nordd. Allg. Ztg.) ar.

**Künstliches Benzin.** Ein Elektroingenieur hat einige interessante, aber nicht sehr vollständige Angaben über ein von ihm erfundenes Verfahren zur Herstellung synthetischen Benzins veröffentlicht. Die Grundlage ist eine chemische Vereinigung zwischen einem natürlichen Gas oder einer ähnlichen Verbindung, die hauptsächlich aus Wasserstoff oder Methan besteht, und einem Kohlenwasserstoff wie Petroleum oder den leichteren Schieferölen. Der Erfinder behauptet, das Gas und den Kohlenwasserstoffdampf einem hohen Druck und häufigen elektrischen Entladungen zu unterwerfen und dadurch die Moleküle so umzugruppieren, daß ein Motorbrennstoff entsteht, der ein vollständiger Ersatz für Benzin oder Benzol ist. (Financial News vom 21./6. 1918.) Ec.

### Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

**Zur Frage der künftigen Arbeitsentlohnung** äußert sich Max Roessler, Rodach, in der Zeitschrift für die keramischen, Glas- und verwandten Industrien 5, 21—22 und 11, 47—48 [1918]. Er führt unter anderem aus, daß der Krieg lang erstrebte soziale und wirtschaftliche Änderungen beschleunigt habe. In den meisten Fabriken findet seither die Bezahlung der Arbeit zu festen Stunden- und Stücklöhnen statt. Einen je größeren Prozentsatz vom Wert der fertigen Ware der verausgabte Arbeitslohn ausmacht, um so stärker wird das Gewinnergebnis beeinflusst. Z. B. betragen in keramischen Betrieben die persönlichen Löhne und Gehälter allermindestens 40% vom reinen Verkaufspreis der Ware. Trotzdem besteht mehr oder weniger gegen jeden Unternehmer, der nur feste Gehälter und Löhne zahlt, der Verdacht des übermäßigen Gewinns. Die Wirtschaftsweise mit ausschließlich festen Löhnen entehrt neben dem Ansporn zu bester Leistung auch des wirklich entsprechenden Wertanteils am Erzeugnis und ist nur noch bei rein mechanischen Verrichtungen gerechtfertigt. Auf Kosten der Einkommen der Unternehmer ist unsere gesamte Lohnwirtschaft auf eine gerechtere Basis zu stellen durch Anteilgewährung am Erfolg, am Gewinn der Warenerzeugung und des Warenverkaufs. Über Form und Höhe dieser Anteile, die in den verschiedenen Gewerben verschieden ausfallen werden, ist noch vieles zwischen Unternehmern und Arbeitern, deren Gewerkschaften und Verbänden zu erörtern. — Den Ausführungen sind, wie zu erwarten, neben günstigen auch ablehnende Urteile aus Arbeiter- sowie Unternehmerkreisen zugegangen. K/m.

**Angestelltenausschüsse und Angestelltenkammern.** Aus den Kreisen der Privatangestellten wird der Köln. Ztg. geschrieben: Die auf Grund der in dem Ministerialerlaß vom 22./1. 1917 gegebenen Ausführungseinstimmungen zum Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst gebildeten Angestelltenausschüsse haben dem in dem Gesetz hervorgehobenen vornehmsten Zweck der Ausschüsse, das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erhalten und zu fördern, mit Erfolg gedient. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten von Arbeitgebern und Angestelltenausschüssen dürfte nun nicht nur während des Krieges aus Gründen vaterländischer Sicherung vonnöten sein, sondern erscheint ebenso notwendig in der schwierigen Übergangszeit zum Frieden und im Frieden selbst. Um noch tatkräftiger und erfolgreicher in diesem Sinne wirken zu können, haben sich die Angestelltenausschüsse in den großen Industrie- und Gewerbezentren zu geschlossenen Vereinigungen zusammengetan. Diese wollen eine Beratungs- und Unterstützungs- sowie letzten Endes eine Schlichtungsstelle für die Angestelltenausschüsse sein. Sie begegnen sich in diesen Bestrebungen mit den sogenannten organisierten kaufmännischen, technischen und freien Angestelltenverbänden. Diese haben sich im Laufe des Krieges unter dem Zwange der Verhältnisse zu drei großen Arbeitsgemeinschaften zusammengefunden. Offenbar erblicken nun diese organisierten Verbände in den Angestelltenausschüssen und deren Vereinigungen die starke Wurzel einer, auf dem Boden des Gesetzes sich bildenden neuen Organisation, deren Organe und innerstes Wesen zu einer Wirksamkeit führen können, die unserer Volkswirtschaft wie auch der sozialen Stellung der Angestellten ungleich dienlicher ist, als es die jahrzehntelange einseitige Arbeit der alten organisierten Verbände zu sein vermochte. Von diesem Standpunkt aus ist es erklärlich, daß die alten Verbände sich bemühen, diejenigen Mitglieder von Angestelltenausschüssen, welche

noch nicht organisiert sind — solche sind in großer Anzahl vorhanden —, in das Lager der Organisation zu ziehen, um dadurch einen wesentlichen Einfluß auf die Tätigkeit und Entwicklung der Angestelltenausschüsse ausüben zu können. Mit solcher Annäherung oder Verschweißung würden aber die Angestelltenausschüsse sich jedes freien, vorurteilslosen Entschließungsvermögens begeben und in eine gefährliche Abhängigkeit geraten; denn es ist wohl nicht zu verkennen, daß die meist einseitige Behandlung entscheidender Fragen durch die alten organisierten Angestelltenverbände eine Neigung zur radikalen Linken zur Ursache hat. Solche Ablenkung von der politischen Neutralität muß aber für die Angestelltenausschüsse und ihre Vereinigungen von vornherein ausgeschlossen sein. Ein wesentliches Interesse hieran dürften in erster Linie die Arbeitgeber haben, daher ergibt sich für sie die Aufgabe, ihre Angestelltenausschüsse und deren Vereinigungen nicht nur anzuerkennen, sondern auch mit ihnen vorurteilslos und in beiderseitigem Interesse zusammenzuarbeiten. Die Gesetzesvorlagen über die Bildung von getrennten Arbeiter- und Angestelltenkammern werden allgemein als Akt ausgleichender Gerechtigkeit anerkannt. Die Besetzung der Angestelltenkammern sollte in dem Sinne erfolgen, daß die aus dem Angestelltenkreise zu wählenden Kammermitglieder wenn nicht sämtlich, so doch zum größten Teil Mitglieder von Angestelltenausschüssen sein müssen, weil sich diese in engerem Kreis bereits mit der Behandlung der Beratungststoffe der Angestelltenkammern befaßt und durch Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern eine Schärfung ihres Urteilsvermögens erfahren haben. Ein neuerlicher Versuch der organisierten Angestelltenverbände, an Stelle der Errichtung von Angestelltenkammern die Aufnahme der privaten Angestellten in das zu schaffende Arbeiterkammergesetz zu erstreben, entspricht daher nicht den Interessen der privaten Angestelltenschaft. Er fordert darum den schärfsten Widerspruch der in großer Zahl in den Angestelltenausschüssen vertretenen nichtorganisierten Angestellten heraus, die mit den allgemeinen Grundsätzen der Regierungsvorlage durchaus einverstanden sind. dn.

### Standesfragen.

Die Frage, ob der Titel „Diplomchemiker“ ein gesetzlich geschützter Titel ähnlich wie „Diplomingenieur“ ist, beschäftigte vor einiger Zeit die Kreisregierung von Oberbayern. Der Chemiker Dr. G. hatte bei der Polizeidirektion Antrag gestellt, daß er im Adreßbuch in Zukunft als „Diplomchemiker“ geführt werde. Die Polizeidirektion erklärte, daß dem Antrage so lange nicht entsprochen werden könne, als der Antragsteller nicht nachweise, daß ihm der als akademischer Grad anzusehende Titel „Diplomchemiker“ von einer zur Verleihung dieses Grades berechtigten Hochschule verliehen worden ist. Gegen diesen Bescheid wandte sich Dr. G. beschwerdeführend an die Kreisregierung, die die Beschwerde mit folgender Begründung abwies: Seitdem die Studierenden der Technischen Hochschule in München eine Diplomprüfung ablegen und nach bestandener Prüfung den Titel „Diplomingenieur“ führen dürfen, ist nicht nur die Bezeichnung „Diplomingenieur“, sondern jede andere in Verbindung mit dem Worte „Diplom“ gebrachte Berufsbezeichnung als ein gesetzlich geschützter Titel zu erachten. Die alleinige Befugnis der Hochschule zur Veranstaltung von Diplomprüfungen zwingt zu dem Schlusse, daß nur das Bestehen einer solchen Prüfung zur Führung eines auf solche Prüfung hinweisenden Titels berechtigt. Gegen diesen Bescheid wandte sich Dr. G. beschwerdeführend an das Ministerium des Innern und an den Verwaltungsgerichtshof. Der Gerichtshof verneinte seine Zuständigkeit im vorliegenden Streitfall. Die Beschwerde wurde ohne sachliche Prüfung zurückgewiesen. (Pharm. Ztg.) Gr.

### Rechtsprechung.

**Eine Reichsgerichtsentscheidung gegen das Kohlensyndikat.** Nachdem vor kurzem ein Oberlandesgerichtsurteil im Sinne der klagenden Partei ergangen war, hat nunmehr auch das Reichsgericht in dem Prozeß der Kohlengewerkschaften Langenbrahm, Auguste Victoria und Adler gegen das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat gegen das Syndikat entschieden. Das Syndikat hatte ein ganze Reihe von Zechen, die vor dem Zustandekommen des heutigen Syndikats während der Übergangszeit vom 1./1. 1916 bis zum 31./3. 1917 zum Teil umfangreiche Vorverkäufe getätigt hatten, von der Zahlung der Nachvergütung für die erwähnte Zeit ausgeschlossen. Die Nachvergütung setzt sich zusammen aus den bei Verkäufen in den sogenannten unstrittenen Gebieten erzielten, sowie aus denjenigen Gewinnen, die das Syndikat aus seiner Beteiligung an Handelsgesellschaften usw. zieht. Als umstrittenes Gebiet galt in Friedenszeiten u. a. die Nordseeküste. Heute kommt in erster Linie nur das neutrale Ausland in Frage. Der Ausgang des Prozesses, der das Syndikat zur Zahlung an die klagenden Zechen verurteilt, ist für eine Reihe von Zechen von Bedeutung, da anzunehmen ist, daß das Syndikat, um die außerordentlich hohen Kosten eventueller weiterer Prozesse zu vermeiden, auch diesen Zechen, wie z. B. Brasselt, Trier und Diergardt, die Nachvergütung ebenfalls auszahlen wird. (Nordd. Allg. Ztg.)

## Tagesrundschau.

**Sozialhygienische Professuren.** Die soziale Hygiene kann heute nicht mehr als Teil der Hygiene betrachtet werden. Sie ist zu einem selbständigen Gebiet geworden, das besondere Arbeitsmethoden und einen eigenen Ausbildungsgang erfordert. Solange das Fach nur neben der Hygiene behandelt oder gelegentlich anderer medizinischer Vorlesungen gelehrt wird, werden die dauernden Klagen über ungenügende Ausbildung der Ärzte in der Sozialhygiene nicht verstummen. Aus dieser Erkenntnis heraus hat auf Anregung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene der Petitionsausschuß des badischen Landtags der Regierung empfohlen, an den hygienischen Universitätsinstituten in Freiburg und Heidelberg sowie an der Hochschule in Karlsruhe weitere sozialhygienische Einrichtungen zu schaffen, und entsprechende Vorlesungen und Kurse zu veranstalten. Der Gedanke, für Baden ein besonderes sozialhygienisches Institut ins Leben zu rufen, das von Staat, Städten, Industrie und Einzelpersonen unterstützt wird, hat natürlich sein Gutes, falls nicht mit der Unterstützung eine einseitige Richtung begünstigt wird. Die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene müßte nach dieser Richtung hin die genügenden Sicherungen schaffen können. (B. T.)

**Vom chemischen Referatenwesen in Amerika.** Dem letzten Bericht des Herausgebers der „Chemical Abstracts“, der unserem „Zentralblatt“ entsprechenden amerikanischen Zeitschrift, ist über die Entwicklung dieses amerikanischen Referatenorgans folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1917 wurden 15 601 Referate veröffentlicht, d. h. annähernd ebensoviel wie im Vorjahr (15 784). Der Umfang der Referate betrug 1917 im Durchschnitt 0,251 Seiten (i. V. 0,229 Seiten) für ein Zeitschriftenreferat und 0,103 Seiten (i. V. 0,104 Seiten) für ein Patentreferat. Die nicht unbeträchtliche Zunahme der durchschnittlichen Länge eines Referates führt der Herausgeber in erster Linie darauf zurück, daß im letzten Jahre die deutsche und österreichische chemische Literatur eingehender referiert worden sei. Über die Beschaffung dieser feindlichen Literatur erfährt man folgende nicht uninteressante Einzelheiten: Mit besonderer Erlaubnis der englischen Regierung sei im Februar 1917 eine größere Ladung deutscher und österreichischer Fachzeitschriften nach Amerika gelangt; von diesem Zeitpunkt an seien aber alle Versuche, Zeitschriften aus den feindlichen Ländern zu erhalten, gescheitert, und zwar an der hartnäckigen Weigerung der — englischen Regierung, welche die von Amerika bestellten Zeitschriften sendungen systematisch zurückhalte! Auch den Bemühungen des „National Research Council“ sowie eines eigens zur Bearbeitung dieser Angelegenheit eingesetzten Ausschusses (!) sei es nicht gelungen, die englische Regierung umzustimmen. Schmollend bemerkt hierzu der Herausgeber der „Chemical Abstracts“, dies Verhalten der englischen Regierung sei um so beklagenswerter, als die Vereinigten Staaten doch der Entente beigetreten seien. Die Referate der deutschen chemischen Veröffentlichungen mußten deshalb englischen, holländischen, Schweizer und spanischen referierenden Zeitschriften entnommen werden. Seit 1917 haben die „Chemical Abstracts“ auch die japanische Literatur eingehender berücksichtigt als zuvor und beispielsweise auch japanische Patente regelmäßig bearbeitet; ebenso sind verschiedene südamerikanische Zeitschriften in die Liste der zu referierenden Zeitschriften aufgenommen worden. Insgesamt wurden 741 Zeitschriften exzerpiert (gegenüber 671 im Jahre 1915).

Bg.

## Personal- und Hochschulsachrichten.

Es wurden ehrenhalber promoviert: zu Drs. phil. von der Universität Gießen Chemiker Rafael E. Liesegang, Frankfurt a. M.; königl. sächs. Hofrat Artur Meiner, Inhaber der Verlagsbuchhandlung Ambrosius Barth, Leipzig, und Dr. ing. Max Epding, Höchst a. M., aus Anlaß der Enthüllung des August-von-Hofmann-Denkmal.

Es wurde verliehen: das Prädikat Professor an Dr. Erwin Madelung, Privatdozent für Physik an der Universität Göttingen; das Kommandeurkreuz 1. Klasse des schwedischen Wasaordens an Geheimrat Prof. Dr. Duisberg, Generaldirektor der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen; der Titel eines Oberbergrats an Bergwerksdirektor Bergrat Czaplá von der Bergwerksdirektion in Saarbrücken; ihm wurde gleichzeitig die Stelle eines technischen Mitglieds bei dem Oberbergamt in Halle (Saale) übertragen; der österreichische Adelsstand an Hermann Rosenberg, Generaldirektor der Neuschloßschen Nasicer Tanninfabrik A.-G.

Es wurden ernannt (berufen oder gewählt): Geh. Bergrat Dr. h. c. Richard Beck, Professor für Geologie und Lagerstättenkunde an der Königl. Bergakademie in Freiberg, zum ordentlichen Mitgliede der Königl. Sächsischen Akademie der Wissenschaften; Hofrat Dr. Friedrich Bocke, Professor für Mine-

ralogie, zum Rektor der Wiener Universität; Bergassessor Berger zum Berginspektor beim Bergrevier Neunkirchen; Dr. Eywind Böttker, Trondhjem, zum Professor der Chemie an der Universität Christiania; Dr.-Ing. Buck als stellvertretendes Vorstandsmitglied der Buderusschen Eisenwerke A.-G., Wetzlar; Dr. Max Busch, Professor der Pharmazie, angewandten Chemie und chemischen Technologie, zum Prorektor der Universität Erlangen; Ing.-Chem. W. J. Couvée zum Laboratoriumsleiter der N. V. Leim- und Gelatinefabrik „Delft“ zu Delft; Prof. Dr. Hugo Ditz zum Dekan der chem. Abteilung der K. K. technischen Hochschule in Prag; Prof. Dr. Kaup, Prag, zum Leiter der sozialhygienischen Abteilung im Ministerium des Innern zu Prag; Dipl.-Ing. Karl Kegel, Bochum, zum Professor für Bergbaukunde an der Kgl. Bergakademie Freiberg; Dr. Max Margosches, o. ö. Professor der chemischen Technologie an der Deutschen technischen Hochschule in Brünn, zum Dekan der dortigen chemisch-technischen Abteilung; Direktor Bergassessor a. D. Wilhelm Müller, Schonnebeck, in den Grubenvorstand der Gewerkschaft Zeche Unser Fritz in Unser Fritz; Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Hans Reichenbach, Direktor des Instituts für medizinische Chemie und Hygiene, zum Rektor der Universität Göttingen; Generaldirektor Paul La Ruelle, Wien, zum Vorstandsmitglied des Vereins für Gas- und Wasserfachmänner in Österreich-Ungarn; Dr.-Ing. K. Thelen zum Betriebsdirektor der Chemischen Fabrik Rhenania, Hönningen; Bergwerksdirektor Bergrat Weber von der Bergwerksdirektion Hindenburg zum Hüttendirektor der Eisenhütten in Gleiwitz und Malapano; Dr. Kurt Weigelt und Dr. Adolf Strauß, Berlin, zu Vorstandsmitgliedern der Deutschen Petroleum A.-G., Berlin; Geh. Rat Prof. Dr. Emil Wiechert, bisher Direktor des Instituts für Geophysik in Göttingen, an die Universität Berlin.

Einen Lehrauftrag für physikalisch-geographische Übungen erhielt Prof. Otto Baschin von der Berliner Universität.

Prokura wurde erteilt: dem Betriebsdirektor Dr. Emil Burkhard für die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.-G. vorm. H. Utendoerffer, Nürnberg; Chemiker Dr. Erich Dunkel, Quedlinburg, für die Wilhelm Brauns G. m. b. H., Berlin; Hüttendirektor Walter Schmalz, Oker, für die Firma Metall- und Farbwerke A.-G., Oker.

Gestorben sind: Rudolf Duns, Betriebsingenieur der Preß- und Walzwerke A.-G. Abtlg. Geschloßfabrik, Düsseldorf-Reisholz, am 4./7. — Curt Eckardt, Inspektor der Rybniker Steinkohlengewerkschaft, am 5./7. im 42. Lebensjahre in Jedlownik. — Vinzenz Freih. von Geemen-Walde, Präsident der ersten böhmischen Zuckerraffinerie A.-G. und der Saazer Aktien-Rübenzuckerfabrik, in Wien im 55. Lebensjahre. — Kgl. Baurat Georg Heckmann, Berlin. — Theodor Göbel, kaufm. Leiter des Steinkohlenbergwerks Königin Elisabeth, Essen, im 60. Lebensjahre. — Bergwerksdirektor a. D. Rudolf Grundig, Breslau, am 8./7. im 81. Lebensjahre. — Ludwig August Lohnstein, Wien, Präsident der Perlmöser Portlandzementfabriks A.-G., Wien. — Wilhelm Schläper, Inhaber der Hagen-Grünthaler Eisenwerke Schmidt, Schläper & Cie., am 6./7.

## Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

**Verein der deutschen Kaliinteressenten, E. V. zu Berlin.** Der Verein, welchem als bergbaulichen Verein des deutschen Kalibergbaus zur Zeit 216 Kaliwerke angehören, hielt am 21./6. zu Goslar seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Außer den gewöhnlichen Punkten, welche ohne Einspruch erledigt wurden, enthielt die Tagesordnung verschiedene interessante Vorträge. Generaldirektor Dr. Feit (Staßfurt) sprach über die Gründung einer *chemischen Versuchsanstalt für den Kalibergbau*. Im Verlauf der sich anschließenden Aussprache wurde ein Ausschuß gewählt, welcher die zunächst erforderlichen Vorarbeiten in Angriff nehmen soll. Diesem gehören unter anderen an: Generaldirektor Bergrat Zirkler, Aschersleben; Exzellenz Dr. Richter, Aufsichtsratsvorsitzender des Kalisyndikats, Berlin, und Generaldirektor Dr. Feit, Leopoldshall-Staßfurt. Major Romberg, Berlin, legte in längeren Ausführungen die *Tätigkeit und Ziele des Deutschen Hilfsbundes* für kriegsverletzte Offiziere dar. Seine Ausführungen wurden mit allgemeinem Interesse entgegengenommen; der Vorsitzende wies auf die besonderen Verhältnisse der Kaliindustrie hin und sagte weitgehendes Wohlwollen der Kaliindustrie den Bestrebungen des Hilfsbundes gegenüber zu. Bergassessor Groppe, Berlin, sprach über das *Schießen mit flüssiger Luft* auf den Kalibergwerken Sachsen-Weimar und Wintershall. Der Redner beschrieb zunächst in eingehender Weise die technischen Einrichtungen des Verfahrens des Zündschnurschießens und der elektrischen Zündung, legte dabei gleichzeitig die geschichtliche Entwicklung der verschiedenen Verfahren dar und erörterte dann die Frage der Wirtschaftlichkeit des neuen Sprengverfahrens.

ar.